

Redebeitrag der Seebrücke Potsdam zur Gedenkveranstaltung anlässlich des zweijährigen Jahrestages des Attentats in Hanau am 19.02.22 in Potsdam

Wir sind heute zusammengekommen, um zu gedenken.

Wir stehen hier genau zwei Jahre nach dem 19. Februar, an dem neun Menschen bei einem rassistisch motivierten Attentat ums Leben kamen. Neun Menschen, die der rechtsextreme Täter aufgrund seiner menschenfeindlichen Ideologie grausam aus dem Leben riss.

Unsere Gedanken sind bei ihnen und ihren Familien, Hinterbliebenen und Freund*innen.

Ferhat Unvar
Hamza Kurtović
Said Nesar Hashemi
Vili Viorel Păun
Mercedes Kierpacz
Kaloyan Velkov
Fatih Saraçoğlu
Sedat Gürbüz
Gökhan Gültekin

Diese Namen reihen sich ein in eine viel zu lange Liste von Menschen, die nicht hätten sterben müssen. Menschen, die von Rassisten ermordet wurden. Menschen, die ermordet wurden, weil deutsche Behörden ihren Job nicht machen, die ermordet wurden, weil Rechtsextremismus in Deutschland nicht mit gebührender Ernsthaftigkeit behandelt wird; weil wieder Nazis im Bundestag sitzen.

Hanau ist ein weiteres schreckliches und dennoch allgegenwärtiges Beispiel dafür, welche Formen institutioneller Rassismus annimmt. Der Umgang mit den Überlebenden, den Angehörigen und Freund:innen der Ermordeten und der Umgang mit den Toten selbst bildet eine Kette von Ereignissen, die so offensichtlich vorführt was gemeint ist, wenn Menschen sagen, Deutschland hat ein Polizeiproblem.

Die hartnäckige Kontinuität der jährlich nachgewiesenen rechtsextremistisch motivierten Morde, Gewalt- und Straftaten zeichnet ein Bild von katastrophalem Versagen, politischem Unwillen und Wegschauen auf allen Ebenen.

Allein der *Initiative 19. Februar Hanau*, gegründet von den Hinterbliebenen der Opfer, ist es zu verdanken, dass das Versagen der Behörden in der Tatnacht zum Teil aufgedeckt wurde: Ein Täter, der trotz seines offensichtlich rechtsextremen Gedankenguts Waffenerlaubnisse erhielt, ein verschlossener Notausgang, Notrufe, die nicht durchkamen, unverzeihliches Fehlverhalten der Sicherheitskräfte vor und in der Tatnacht. Das sind nur einige Beispiele für das fatale Versagen der Behörden.

Und als seien vollkommen unfähige und unwillige Staatsorgane nicht schon genug, stellte sich anschließend heraus, dass in der Tatnacht 13 der SEK-Beamte im Einsatz, nachweislich Mitglieder in rechtsextremen Chatgruppen waren.

Dieser Staat mit seinen Organen stellt für so viele Menschen keinen Schutz dar, sondern eine Gefahr. Er kriminalisiert sie, er beutet sie aus, er schiebt sie ab.

Er schützt Nazis, weil er durchsetzt von ihnen ist.

Und nicht zuletzt können wir das kranke Menschenbild des Attentäters tagtäglich in der bürgerlichen Presse sehen. Shisha-Bars werden mit Clankriminalität verbunden, Asylbewerber:innen mit Überbevölkerung, Migration mit Krise.

Deutschland hat Angst, heißt es.

Springer und Konsorten sind die geistigen Brandstifter, die diese Debatten salonfähig machen und Ideologien festigen.

Ihr tragt Mitverantwortung. Ihr widert uns an!

Wir zitieren den Aufruf der *Initiative 19. Februar Hanau*: "Die Namen der Opfer unvergessen machen. Ihre Namen sollen erinnern und mahnen, den rassistischen Normalzustand im Alltag, in den Behörden, den Sicherheitsapparaten und überall zu beenden. Der rassistische Anschlag war auch ein Ergebnis der rechten Hetze von Politiker:innen, Parteien und Medien. Behörden und Sicherheitsapparate haben ihn durch ihre strukturelle Inkompetenz und Ignoranz weder verhindert noch aufgeklärt. Das ist das Zusammenspiel, das in den Handlungen Einzelner ihre mörderische Zuspitzung und Folge findet und damit sind rechte Terrorakte niemals Einzeltaten."

Wir schließen uns den Forderungen der *Initiative 19. Februar Hanau* an. Wir fordern politische Konsequenzen, lückenlose Aufklärung von der Zeit vor, während und nach der Tat, angemessene Erinnerung und soziale Gerechtigkeit.

Hanau war die Konsequenz von jahrzehntelangem Wegschauen, von fahrlässigem Ignorieren und rassistischer Politik. Die Konsequenz eines Staates, dessen Organe durchsetzt von Nazis sind.

Rassismus, egal in welcher Form, darf nicht mehr geduldet, verharmlost oder ignoriert werden. Wir geben keine Ruhe!

Wir fordern Gerechtigkeit für die Verstorbenen, ihre Angehörigen, ihre Freund:innen. Wir fordern Gerechtigkeit für alle Menschen, die nicht auf den Schutz der Polizei, nicht auf den Schutz der staatlichen Behörden hoffen können.

Nichts ist vergessen - nicht ist vergeben!

Wir stehen zusammen und kämpfen gemeinsam.

Gegen die Angst. Für das Leben. Erinnern heißt verändern!